



Dank an alle Beteiligten: Bei der Typisierungsaktion des Pfarrverbands Braz-Dalaas-Wald a. A. wurden 1785 Euro gespendet.

DOB

## Großzügige Spenden für Geben für Leben

**INNERBRAZ** Bei der Typisierungsaktion durch den Verein Geben für Leben und dem Pfarrverband Braz-Dalaas-Wald a. A. wurden auch Spenden gesammelt. So konnten 1785 Euro gesammelt werden. Die Initiative „Reparaturcafe Klosterthal“ übergab ihre gesammelten Spenden ebenfalls dem Verein und trug somit zu diesem guten Ergebnis bei. Die Organisatoren und der Verein Geben für Leben danken allen, die sich typisieren ließen und gespendet haben. **DOB**



Die Weihnachtsbeleuchtung wird heuer bereits um 22 Uhr abgedreht.

TAY

## Stadt Feldkirch im Energiesparmodus

**FELDKIRCH** Bereits im August hat die Stadt Feldkirch die Beleuchtung historischer Gebäude abgedreht. Im Einklang mit den Empfehlungen von Gemeindeverband und Land wurde nun ein Energiesparplan mit weiteren Maßnahmen erarbeitet. Im Rahmen dieser sollen etwa die Betriebszeiten der Heizungen angepasst werden. Auch bei der Weihnachtsbeleuchtung wird Energie eingespart, wie die Stadt mitteilt. Diese wird heuer die Innenstadt nur bis 22 Uhr erhellen.

# Für Herbert Sparr wird Höchst Privatsache

Rücktritt vom „vielfältigsten Job, den es gibt“ in zwei Tagen

**HÖCHST** Noch zwei Tage ist der 63-jährige Herbert Sparr Bürgermeister von Höchst. Ab Samstag folgt ihm dann interimistisch Heidi Schuster-Burda nach, ehe das Wahlvolk der 8000-Seelen-Gemeinde am 13. November das neue Gemeindeoberhaupt bestimmt.

### Das Leben hat sich verändert

„Ich freu' mich auf das, was jetzt kommt“, zeigt sich der topfitte frühere Sozialexperte erleichtert. Und fügt an: „Ob mir als Pensionist etwas fehlen wird, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Das wird sich weisen.“ Ganz sicher nicht abgehen wird Sparr der politische Streit, der ihn, und noch mehr dessen vorläufige Nachfolgerin Heidi Schuster-Burda, im Sommer das Regieren verleidete – es ging um die Kinder- und Schülerbetreuung in der Gemeinde. „Aber“, beteuert der Noch-Bürgermeister, „das war nicht der einzige Grund für meinen Rücktritt. Auf mich warten in der Familie Betreuungsaufgaben. Meine Sicht aufs Leben hat sich durch

private Umstände grundlegend verändert.

### Nicht „starker Mann“

Herbert Sparr war in den neunehalb Jahren seiner Amtszeit kein Amtsträger Marke „starker Mann“. „Lösungen im Konsens zu erreichen stand für mich an oberster Stelle. Ich ließ mich lieber entscheidungsschwach schimpfen, als diesem Prinzip untreu zu werden“, sagt er über sich selbst. Tatsächlich sind von ihm keine gravierenden Konflikte mit politischen Mitbewerbern bekannt, noch bei der Wahl vor zwei Jahren fuhr er sowohl mit seiner Fraktion als auch als Bürgermeisterkandidat eine satte absolute Mehrheit ein. Für die anderen Fraktionen war stets ein politischer Gegner, aber keine Reizfigur mit Empörungspotenzial.

### Steile Polit-Karriere

Als Sohn einer Höchster Familie mit vier Geschwistern musste Herbert Sparr das Miteinander früh üben. Der Handelsschuleab-

solvent fand bald den Weg zuerst in die Sozialabteilung der BH Bregenz, später in die Abteilung Gesellschaft und Soziales im Land. In die Politik verschlug es ihn vor knapp 13 Jahren. Schnell landete er im Gemeindevorstand, wurde Vizebürgermeister und löste am 5. April 2013 Werner Schneider als Höchster Bürgermeister ab.

„Ich bin dankbar dafür, als Bürgermeister den wohl vielfältigsten Job, den es überhaupt gibt, für mehrere Jahre ausgeübt haben zu dürfen. Ich gehe mit guten Gedanken.“ Dass er mit seiner unerwarteten Entscheidung die Mitarbeiter überrascht hat, verhehlt Sparr nicht. Von seinem Leitsatz „Das Wir ein wenig über das Ich stellen“ rückt er nun ab. Ab Samstag geht es nur noch um Herbert Sparr, den



Ab Samstag Ex-Bürgermeister: Herbert Sparr. VN/STIPLVSEK  
Letzte Begegnungen mit jungen Leuten als Bürgermeister im Dorfzentrum.



Bald Alt-Bürgermeisterkollegen: Herbert Sparr und Werner Schneider. VN/STIPLVSEK

Pensionisten, der dann nur noch für sich und seine Liebsten da sein wird. **VN-HK**

# Strengere Regeln, mehr Kontrolle

Neues Parteienförderungsgesetz vor dem Beschluss. Beim U-Ausschuss dauert es noch.

**BREGENZ** Bekommt Vorarlberg bald die strengsten Regeln zur Parteienfinanzierung? Nach Aussagen von ÖVP und Grünen ist das so. Heute beschäftigt sich der Rechtsausschuss des Landtags mit den Anträgen zur Änderung der Landesverfassung und des bestehenden Parteienförderungsgesetzes. Im nächsten Plenum am 5. Oktober soll dann der gemeinsame Beschluss folgen. Grünen-Klubobfrau Eva Hammerer lobte am Dienstag das Vorhaben und sprach von einem „langjährigen, grünen Leuchtturmprojekt in Sachen Transparenz“. Alle Bundesländer schauen nach Vorarlberg. Auch die ÖVP zeigt



Am 5. Oktober findet die nächste Landtagsitzung statt.

sich zufrieden. Die Bestimmungen seien strenger als jene auf Bundesebene, bekräftigte Klubobmann Roland Frühstück. Wann die Untersuchungsausschuss-Reform folgt, ist aber noch nicht klar.

Die geschäftsführende SPÖ-Klubobfrau Manuela Auer wollte am Dienstag der Diskussion über das Parteienförderungsgesetz im Ausschuss noch nicht vorgeifen. Sie meint aber: „Es schaut recht gut aus.“ Zum Thema habe es zahlreiche Sitzungen gegeben. „Es gab Veränderungen im Laufe der Zeit. Vieles wurde berücksichtigt.“ Ihrer Partei seien etwa die Einschaumöglichkeiten des Rechnungshofs sehr wichtig, ebenso brauche es die entsprechende personelle Ausstattung. Auch die Frage der Mitgliedsbeiträge sei Thema gewesen. Grundsätzlich spricht Auer von „intensiven, konstruktiven Gesprächen“. Es sei viel bewegt worden.

Sabine Scheffknecht von den Neos zufolge bringt das Gesetz viele Verbesserungen: „Begrenzung der Wahlkampfkosten, weniger Plakate und die Möglichkeit zur Kontrolle durch den Rechnungshof, um nur einige zu nennen.“ Als

Kritikpunkt bezeichnet die Neos-Chefin, ähnlich wie auch Auer, dass Vereinskonstruktionen nach wie vor möglich sind. Dies hätte aber auf Bundesebene geändert werden müssen. „Auch wenn das gesetzlich aufgrund der Bundesvorgaben nicht anders zu handhaben ist, fordern wir die ÖVP dazu auf, freiwillig auf solche Doppel- und Umgehungsstrukturen zu verzichten.“

### „ÖVP hat offenbar Angst“

Auch FPÖ-Klubobmann Christof Bitschi ist prinzipiell mit den Bestimmungen zufrieden. Es gehe in die richtige Richtung, entsprechende Inputs seien eingearbeitet worden, etwa bei der Höhe der Mitgliedsbeiträge. Bitschi zufolge blockiert die Volkspartei aber bei der Reform des U-Ausschusses. „Im Gegensatz zu den Kontrollmöglichkeiten ist alles auf Schiene. Da hat die ÖVP offenbar Angst.“

Davon will Klubobmann Frühstück nichts wissen. Für die Ausschussreform sei die Frist länger angesetzt worden, nur die FPÖ habe das mit den Bestimmungen zur Parteienfinanzierung verknüpfen wollen, bekräftigt er. Die Rede war von spätestens Anfang 2023. „Wir sind auch beim U-Ausschuss in einem seriösen Austausch.“ Die ÖVP blockiere das keinesfalls. „Man muss präzise und genau sein, aber ich denke, dass wir das alle sind. Man sollte das auch nicht übertrieben aufblasen.“ Auch Grünen-Klubobfrau Hammerer unterstreicht eine „sachlich konstruktive Arbeitsatmosphäre.“ Ziel sei, Ende des Jahres alle Punkte abgearbeitet zu haben. „Vielleicht schaffen wir es noch schneller.“ Auch die Neos hoffen, noch heuer mit der Reform des Untersuchungsrechts fertig zu werden. Scheffknecht berichtet von „engmaschigen Verhandlungsterminen“. **VN-RAM**



Roland Frühstück (ÖVP) lobt das geplante neue Gesetz. VN/HARTINGER



Eva Hammerer (Grüne): Alle Bundesländer würden nach Vorarlberg schauen.



Sabine Scheffknecht (Neos) sieht viele Verbesserungen.



„Es schaut recht gut aus“, sagt Manuela Auer (SPÖ). VN/HARTINGER



Christof Bitschi (FPÖ) kritisiert bei der U-Ausschuss-Reform. VN/SERRA